

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Peter Conradi MdB macht Reformvorschläge zum Sozialen Wohnungsbau.

Seite 1 - 3

Egon Lutz MdB verweist auf die Licht- und Schattenseiten der jüngsten Arbeitsmarktdaten.

Seite 4/5

Eckart Kuhlwein MdB nennt ein mißglücktes Beispiel für mehr Bürgernähe.

Seite 6

Dokumentation: Stellungnahme von SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr zur Öffentlichkeitsarbeit.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 233

5. Dezember 1979

Mehr Demokratie wagen!

Forderungen an den Sozialen Wohnungsbau der 80er Jahre
Von Peter Conradi MdB

Der Soziale Wohnungsbau ist weithin zum öffentlich geförderten Wohnungsbau heruntergekommen. Was an ihm einmal sozial war, droht unter den Händen von Finanzierungsklempnern, Richtlinienbürokraten und Routinearchitekten unkenntlich zu werden. Niemand bestreitet heute, daß der Soziale Wohnungsbau in einer Krise steckt: Die Herstellungskosten sind zu hoch; die Neubaumieten steigen rascher als die Einkommen der Mieter; die Förderungssysteme sind ungerecht und stadtfreundlich; viele Wohnungen sind unterbelegt oder falsch belegt; die Mieten im Bestand sind böse verzerrt...

Es wäre aber falsch, den Sozialen Wohnungsbau isoliert zu betrachten, ihn nicht im Zusammenhang der staatlichen Wohnungspolitik insgesamt zu diskutieren. Diese staatliche Wohnungspolitik ist unter den Kriterien der Wohnungsversorgung, der Stadtentwicklung, der Verteilungsgerechtigkeit unzureichend. Sie unterscheidet sich nicht grundsätzlich zwischen Bund und Ländern, zwischen Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg, ausgenommen allenfalls Bremen.

Es würde zu weit führen, hier wohnungspolitisch, stadtpolitisch, verteilungspolitisch durchzudeklinieren, was an unserer staatlichen Wohnungspolitik nicht stimmt. Ein Beispiel mag genügen: Wir stecken jährlich 20 Milliarden Steuergelder in den Wohnungsbau. Da ist alles eingerechnet: Bausparförderung, § 7b EStG, Grunderwerbssteuerbefreiung, Grundsteuernachlaß, Förderung der Modernisierung und des Energiesparens, Sozialer Wohnungsbau, Wohngeld etc. Dreiviertel von diesen 20 Milliarden DM gehen in die Eigentumsförderung, ein Viertel kommt den Mietern zugute. 40 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland sind Eigentümer, 60 Prozent Mieter. Von den Eigentumsförderungsmitteln kommen zwei Drittel dem oberen Drittel der Einkommensbezieher zugute. Ich halte

dies für einen sozialen Skandal. Nicht nur der Soziale Wohnungsbau, die staatliche Wohnungspolitik insgesamt bedarf einer neuen Orientierung.

Der Soziale Wohnungsbau nach dem Zweiten Weltkrieg war vor allem ein quantitatives Problem: Millionen Menschen brauchten ein Dach über dem Kopf und das zu erträglichen Mieten. Leider ist der Soziale Wohnungsbau eine Frage der Quantität geblieben, eine Frage von Förderungswegen und Darlehensbedingungen, Einkommensgrenzen und Abstellkammerflächen, degressiven Zinszuschüssen und Bewilligungsmieten. Wen wundern da die Vorschläge, der Staat solle sich aus dem Wohnungsbau insgesamt zurückziehen, solle allenfalls über Wohngeld und Steuern noch etwas Subjektförderung betreiben und das Übrige dem Markt überlassen - der wird's schon richten!

Der Soziale Wohnungsbau vor und nach dem Ersten Weltkrieg war vor allem eine Frage der Qualität: Millionen Menschen brauchten menschenwürdige Wohnungen, Licht und Luft. Sozialer Wohnungsbau war Bestandteil einer umfassenden Reformstrategie für ein neues Wohnen, ein anderes Zusammenleben. Fast alle führenden Architekten jener Zeit haben neue Bau- und Wohnformen, preiswerte Konstruktionen im Massenwohnungsbau, neue Vorstellungen einer städtischen Wohnarchitektur entwickelt. Die Verantwortlichen damals hatten mehr im Sinn als einen quantitativen Wohnungsbau. Da hatte Ethik noch etwas mit Ästhetik zu tun, und Architektur hatte eine soziale, gesellschaftliche Dimension. In den meisten unserer Städte haben wir noch Zeugnisse dieses Sozialen Wohnungsbaus, die bis heute etwas von einer Moral, von einem sozialen Anspruch spüren lassen, der mehr ist, als die von Lehmbruck zu Recht beklagte Rechnung unserer Zeit: "Länge x Breite x Höhe = DM."

Ob es in zehn Jahren noch einen Sozialen Wohnungsbau gibt, ist keine quantitative Frage. Mietverzerrungen und Fehlförderung, Einkommensgrenzen und Förderungsbedingungen - das sind Probleme, die man lösen kann, wenn man sie mit der Säure der Forderung "Sozial" aus ihren technokratischen und bürokratischen Verkrustungen löst. Ob es in zehn Jahren noch einen Sozialen Wohnungsbau gibt, ist vielmehr eine gesellschaftliche Frage, hängt davon ab, ob wir in der Lage sind, den Begriff "sozial" heute auszufüllen und zu konkretisieren.

Ich will das an einigen Beispielen versuchen:

Zum Beispiel: Kinderfreundlichkeit.

Warum veranstaltet der BDA mit der Stadt Herten einen Wettbewerb über kinderfreundliches Bauen - dafür seien beide gelobt - warum machen das nicht die gemeinnützigen Träger des Sozialen Wohnungsbaus?

Zum Beispiel: Neue Wohnformen.

Warum ist der Soziale Wohnungsbau nicht der Schrittmacher für neue Wohnformen, für Wohngruppen junger Leute, Rentnerwohnungsgemeinschaften, Drei-Generationen-Familien-Wohnungen? Warum mischen wir im Sozialen Wohnungsbau nicht so, daß neben jeder Drei- und Vier-Zimmerwohnung einer Familie eine Eineinhalb- oder Zwei-Zimmer-Wohnung für einen Alleinstehenden, für alte Menschen oder für körperlich oder sozial Behinderte gebaut wird?

Zum Beispiel: Modernisierungsförderung.

Warum gehört das nicht zum Sozialen Wohnungsbau? Warum gibt es da keine Mietermodernisierung, das heißt steuerliche Förderung, mietrechtliche Absicherung und staatliche Direktsubventionen an den Mieter, der seine Mietwohnung mit eigenen Mitteln modernisiert?

Zum Beispiel: Energiesparen.

Warum fördern wir vorrangig das Energiesparen der oberen Einkommensgruppen, die sowieso nur zwei bis vier Prozent ihres verfügbaren Nettoeinkommens dafür ausgeben und nicht die unteren Einkommensgruppen, bei denen es fünf bis sieben Prozent sind?



Zum Beispiel: Wohnumfeldverbesserung.

Warum ist das Wohnumfeld, warum sind Treppenhäuser, Eingänge, Flure, Grünanlagen im Sozialen Wohnungsbau so lieblos, anonym, phantasielos? Wird die Wohnumfeldverbesserung so gehen wie die Förderung von Modernisierung und Energiesparen, bei der die flinken Windhunde das Nehmen hatten und die wirklich Bedürftigen das Nachsehen?

Zum Beispiel: Denkmalschutz.

Müßte es nicht Aufgabe des Sozialen Wohnungsbaus sein, die Arbeitersiedlungen des 19. Jahrhunderts und des Sozialen Wohnungsbaus vor und nach dem 1. Weltkrieg vor dem Verfall, vor der planmäßigen Zerstörung, zu retten wiederherzustellen und zu erhalten als Teil unserer baulichen, kulturellen und sozialen Geschichte?

Zum Beispiel: Mitbestimmung.

Warum stärken wir die großen Gesellschaften, die bürokratisiert und oft mehr gemein als nützlich sind, warum fördern wir nicht die Dezentralisierung, Mietermitbestimmung, Selbstverwaltung, Mietergenossenschaften etwa wie in Schottland?

Zum Beispiel: Freiheit.

Ist es richtig, daß nur Eigentum Freiheit gewährleistet, daß die 60 Prozent oder irgendwann einmal 50 Prozent Mieter immer mit weniger Freiheit, mit weniger öffentlicher Förderung vorlieb nehmen müssen? Ist Freiheit des Wohnens nur das Privileg derer, die es sich wirtschaftlich leisten können, oder gibt es nicht auch Eigentumsformen, die zwischen Mietwohnung und Eigenheim liegen, die mehr Freiheit als die Mietwohnung bieten und weniger Belastung als das Eigenheim fordern?

Zum Beispiel: Eigenarbeit.

Warum haben wir kaum Modelle für die Einbringung der eigenen Arbeit des Mieters oder des Bauherrn, z.B. Wohnungen, deren Ausbau der Mieter oder Eigentümer selbst übernimmt? Warum werden diese Möglichkeiten der Selbstgestaltung, der Selbstverwirklichung nicht erschlossen?

Zum Beispiel: Landzerstörung.

Müßte nicht gerade der Soziale Wohnungsbau Wohnformen entwickeln, die weniger Land verbrauchen als die flächenfressenden Fertig-Einfamilienhaus-Teppiche und mehr an Wohnwert und Individualität bringen als die bisher übliche Miethausarchitektur? Zum Beispiel wenn wir, nicht nur die Architekten, uns hinsetzen und unsere soziale Phantasie, die schließt Architektur und Stadtbaukunst ein, bewegen und spielen lassen, wir würden eine Fülle von Beispielen finden, für das, was am Sozialen Wohnungsbau sozial sein müßte und könnte.

Der Soziale Wohnungsbau darf nicht zum Randgruppenwohnungsbau abqualifiziert werden für Arme, Alte und Ausländer und Kinderreiche. Der Soziale Wohnungsbau mit seinem Bestand von 6,5 Millionen Wohnungen von insgesamt 24,7 Millionen Wohnungen, und einem Neubauvolumen, das mehr als ein Viertel des gesamten Neubauvolumens betragen sollte, soll auch in Zukunft der Wohnungsbau für "breite Schichten des Volkes" sein.

Der Staat darf sich nicht aus der Wohnungspolitik zurückziehen. Im Gegenteil: Wir brauchen einen Sozialen Wohnungsbau, der breiter angelegt ist, der Vorreiter, Wegbereiter, Beispiel für neue menschlichere Formen des Wohnens und Zusammenlebens ist.

Bei Peter Glotz habe ich dazu ein Zitat gefunden. "Die Menschen von heute sind verkümmert und verkrüppelt durch das System von gestern. Aber tief in jedem Herzen schlummert die Sehnsucht nach einer neuen Welt, nach einer neuen Menschheit, und Politik treiben (treiben, nicht treiben lassen!) heißt nichts anderes, als mit dieser Sehnsucht zu arbeiten, diese Sehnsucht in politische Werke umzusetzen." Das hat der bayerische Sozialist Kurt Eisner gesagt, 1918 für drei Monate bayerischer Ministerpräsident, bevor er ermordet wurde. Was er sagte, gilt auch für die Wohnungspolitik. (-/5.12.1979/hf/lo)



Anstieg nur wegen des schlechten Novemberwetters ?

Auftriebskräfte scheinen sich verringert zu haben

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Auf den ersten Blick schaut ja alles noch sehr beruhigend aus: Das miese Wetter in der ersten Novemberhälfte brachte den erwarteten Anstieg an Arbeitslosigkeit, aber er hielt sich noch in Grenzen, die 800.000-Marke wurde nicht überschritten. Und es ergibt sich immer noch eine deutliche Verbesserung der Lage gegenüber den Vorjahreswerten. Wie gesagt, das zeigt der erste Blick. Forscht man aber tiefer und sucht man in den Novemberzahlen der Bundesanstalt für Arbeit nach Anhaltspunkten dafür, daß die allgemein günstige Konjunktursituation auch weiterhin den Arbeitsmarkt positiv belebe, dann findet man in Werten des abgelaufenen Monats keine Bestätigung. Um es krass zu formulieren und in bestem Neudeutsch: Saisonbereinigt haben sich die belebenden konjunkturellen Auftriebskräfte auf dem Arbeitsmarkt gegen Null hin abgeflacht.

Mun kann das die Einzelentwicklung eines Monats sein, aber da bedarf es schon einer recht optimistischen Gesamteinschätzung der Lage. Näher liegt der Verdacht, die mit der Hochzinspolitik der Bundesbank eingeleitete neue Binnenwirtschaftsphase zeigt erste nicht wünschenswerte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Man tut gut daran, den laufenden Monat nach Anzeichen darauf abzuklopfen, ob sich dieser Stillstand verstetigt. Wäre das der Fall, müßte der Bundesbank eindringlich geraten werden, in ihrer Politik sehr viel nachdrücklicher die arbeitsmarktpolitischen Folgen zu bedenken. Zu früh und zu abrupt abgewürgt, könnte es einen wenig fröhlichen Arbeitsmarkt im Winter und Frühjahr 1980 geben.

So weit die Vorbemerkung, und nun zu den Novemberdaten im Einzelnen: Im abgelaufenen Monat wurden genau 798.973 arbeitslose Männer und Frauen in der Bundesrepublik gezählt, das sind 37.249 mehr als im Oktober, aber 128.070 weniger als im November letzten Jahres. Die neue Arbeitslosenquote stieg um zwei Zehntelpunkte auf 3,5 Prozent, im letzten Jahr lag sie noch bei 4,1 von Hundert.

Die stellungssuchenden Männer waren von dieser Entwicklung zahlenmäßig etwas stärker betroffen als die arbeitslosen Frauen, allerdings auf einem sehr viel günstigeren Niveau. 30.749 betrug der Zuwachs an stellungssuchenden Männern, die Gesamtzahl liegt bei 360.376, die neue Arbeitslosenquote bei 2,5 Prozent. 6.500 Frauen meldeten sich mehr bei den



Arbeitsämtern im letzten Monat, 438.597 sind insgesamt im November registriert worden, die Arbeitslosenquote ist mit fünf Prozent doppelt so hoch wie die männliche.

Immer noch recht günstig erweisen sich die Werte der Jugendarbeitslosigkeit. Hier wurden nicht ganz 3.000 arbeitslose Jugendliche mehr gezählt, insgesamt sind es jetzt 64.800, die Quote ist mit 3,1 Prozent noch immer deutlich unterdurchschnittlich. Eine leichte, aber immerhin registrierbare Verschlechterung zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt für Schwerbehinderte. 63.329 Stellungssuchende weist die Bundesanstalt aus, 698 sind im letzten Monat dazu gekommen, gegenüber dem Vorjahr sind es immerhin 6.697 mehr, und das ist zweifellos ein bedenkliches Zeichen. Bei einem minimalen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen über 59 Jahre (im November waren es genau 63.329) ist der Vergleich zum Vorjahr noch ungünstiger, damals waren es gut über 10.000 weniger. Teilarbeitsmärkte, die nun schon Monat für Monat in unschöner Regelmäßigkeit ein allmähliches Ansteigen der verschlechterten Beschäftigungslage für diese Personengruppen signalisieren! Und nirgendwo zeigt sich im Einstellungsverhalten der Unternehmen, daß die Appelle der Politiker und der Bundesanstalt in den Personalbüros aufgegriffen worden wären.

Der Bestand an offenen Stellen ist um 21.663 im letzten Monat auf nunmehr 285.121 zurückgegangen und kann wohl als Indikator dafür gewertet werden, daß über diesen Bereich durch intensivierte Vermittlungsbemühungen in den nächsten Monaten keine spürbare Entlastung erwartet werden kann.

In den einzelnen Industriezweigen schlägt die saisonale Veränderung besonders im Baugewerbe und dem Bauwesen deutlich durch. Hier stieg die Zahl der Arbeitslosen um 17.500, um nun mehr als 25.000 innerhalb des abgelaufenen Monats. Von einer sehr niedrigen Basis aus kam es zu einem Anstieg um 22,7 Prozent. Weniger dramatisch gestaltet sich die Lage der Metall- und Elektroberufe, hier gab es einen Zuwachs um 4.000 auf 103.200 Stellungssuchende, und im Textilbereich, hier wurden 900 Arbeitslose mehr, insgesamt 24.700 im November, gezählt. Einzig die Warenkaufleute und die Büro- und Verwaltungsberufe melden einen Rückgang der Arbeitslosen um 4.000 im November auf nunmehr 190.000. Man wird abwarten müssen, inwieweit sich das langsam anlaufende Weihnachtsgeschäft darin widerspiegelt.

Resümee: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nicht ernst, gegenüber dem Vorjahr ausgesprochen erfreulich. Auf die nächste Zukunft gesehen besteht jedoch Anlaß genug zu sorgsamer Beobachtung.

(-/5.12.1979/ks/lo)

+ + +



Mehr Bürokratie durch mehr Transparenz

Notwendige Initiative zu mehr Bürgernähe im Ansatz stecken geblieben

Von Eckart Kuhlwein MdB

Ab 1. April 1980 werden die Kunden der öffentlichen Versorgungsunternehmen jedes Jahr ein kleines Buch ins Haus geschickt bekommen, aus dem sie entnehmen sollen, was sie im einzelnen für Strom-, Gas- und Wasserverbrauch zu zahlen haben. Schuld daran sind die allgemeinen Bedingungen für die Elektrizitäts- bzw. Gasversorgung von Tarifkunden, die für alle Zukunft sicherstellen sollen, daß "Vordrucke für Rechnungen und Abschläge verständlich sein" müssen. Und auslösender Faktor an dieser Verordnung ist der Bundeskanzler, der 1976 in seiner Regierungserklärung geklagt hatte, auch er könne seine Stromrechnung nicht mehr lesen.

Da hat sich dann der Bundeswirtschaftsminister hingesezt und in der neuen Verordnung festgelegt, daß die für die Forderung maßgeblichen Berechnungsfaktoren "vollständig und in allgemein verständlicher Form auszuweisen" seien. Das klingt zweifellos sehr bürgerfreundlich und scheint eine Kontrolle der Zahlen durch den Kunden möglich zu machen. In der Praxis sieht das aber anders aus: Vollständig und verständlich sind die Zahlen erst, wenn in der Jahresabrechnung für den kleinen Hausbesitzer etwa 250 Zahlen, bei Nutzung des Nachtstroms sogar 350 und bei größeren Anlagen 1.000 und mehr Zahlen aufgereiht sind. Natürlich - versteht sich - auf vielen, vielen Formularseiten, und deshalb wird ein kleines Buch daraus.

Die Versorgungsunternehmen, so wird erzählt, können diese Arbeit auch nicht mehr mit von der ihnen installierten Computer-Kapazität leisten. Sie müssen sich neue anschaffen. Die Abrechnung ist auch nicht mehr gleichzeitig als Bankbeleg zu nutzen. Der muß in Zukunft noch einmal extra gedruckt werden. Und daß der Versand solcher kleinen Bücher Geld zu Lasten des Kunden kostet, braucht in diesem Zusammenhang gar nicht erst erwähnt zu werden.

Manchmal ist es sicherlich populär, über zu wenig Transparenz und zuviel Bürokratie zu klagen. Manchmal kann man aber auch mit mehr Transparenz noch mehr Bürokratie erzeugen. Und manchmal kann man die Transparenz so weit treiben, daß überhaupt niemand mehr den Durchblick hat. Hätte nicht auch der Kanzler die netten Leute vom Elektrizitätswerk bitten können, ihm die Rechnung zu erklären? Mir wurde versichert, daß die jederzeit dazu bereit sind. Das wäre zweifellos für alle billiger und praktischer gewesen. Aber noch ist der 1. April 1980 ja nicht angebrochen. (-/5.12.1979/hl/lo)

+ + +



DokumentationBahr: Sprache verändert unser Denken

SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr hat beim Berliner Parteitag grundsätzliche Äußerungen zur Öffentlichkeitsarbeit gemacht, die wir nachstehend dokumentieren.

In unserer Verfassung heißt es lapidar, daß die Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken. Sie haben also einen demokratischen Mitwirkungsauftrag einzulösen, auch im Sinne von Vermittlung und Informationen.

Ein politischer Gedanke, vom Privatbalkon verkündet, wird erst Politik, wenn er bekannt wird, Zustimmung findet und schließlich wirkt. Die SPD muß also 42 Millionen Wähler mit ihrer Politik erreichen, sie überzeugen, allein unter bundespolitischen Gesichtspunkten gesehen, ein gigantisches Auditorium, da wir ja nicht nur an unsere Hälfte denken dürfen. Aber selbst wenn wir jedem der gut 20 Millionen sozial-liberalen Wähler einmal im Jahr einen Brief schreiben wollten, dann wären in vier Jahren dafür knapp 200 Millionen DM ausgegeben, ohne die dramatischen Preissteigerungen für Papier. Wir geben in jedem Bundestagswahlkampf aber nur einen Bruchteil dieses Betrages aus und werden dennoch für Verschwender gehalten. 200 Millionen, das ist etwa die Summe, die zur Einführung einer neuen Zigarettenmarke oder eines neuen Waschmittels ausgegeben wird, obwohl Politik und Information wichtiger sind als eine Konsumware.

Ich trete keinem Journalisten zu nahe mit der Feststellung, daß die Meinung ihrer Verleger in den Zeitungen stärker durchschlägt als die Meinung der Schreibenden. Wir haben jedenfalls Probleme, mit unseren Vorstellungen, Beschlüssen, Aktionen, die Öffentlichkeit zu erreichen. Es gibt an fast jedem Ort unserer Bundesrepublik das Angebot von drei bis fünf Fernsehprogrammen, aber de facto gibt es in 45 Prozent der Fläche unseres Landes nur eine einzige Zeitung. Wir sind übrigens auch hier gegen Monopole und für die Vielfalt und auch deshalb dagegen, daß die de facto-Monopole von heute in die Vielfalt von heute einbrechen, weil das die Chancengleichheit der demokratischen Kräfte in diesem Land grundsätzlich ändern würde.

Ich will das Bewußtsein schärfen für den sorgsamsten Umgang mit unserer kostbaren Sprache. Wir sollten zum Beispiel nicht nachplappern, daß es sich um privates Fernsehen dreht, während einige Mächtige sich in Wirklichkeit Gewinn und Einfluß durch Fernsehen verschaffen wollen. Das war ein Grund, weshalb ich gerichtlich dem Kandidaten Strauß und seiner Behauptung entgegentreten mußte, ich sei Initiator der gegen ihn gerichteten Kravalle gewesen. Und seiner Berufung sehe ich mit besonderer Gelassenheit entgegen. Sprache bestimmt das Denken und kann es verformen. Die Nazis haben das verstanden, wie in einem berühmten Buch dargelegt worden ist.

Ich glaube, daß die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Sozialismus genau kalkuliert ist und Folgen haben soll für das Denken von Menschen. Die Sprache bringt es an den Tag. Es gibt andere Wörter, zum Beispiel Endlösung, Ausmerzungen, Entartung, Zersetzung, Kulturrevolution. Alle diese Wörter sind in den letzten Monaten von unseren politischen Gegnern benutzt worden. Im Stil seiner Sprache liegt das Wesen eines Menschen hüllenlos offen. Der Weg nach rechts hat auch die Sprache nach rechts gehen lassen, und niemand darf sich wundern, wenn das Folgen hat. (-/5.12.1979/hi/lo)

+ + +

